



# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 2,50.

### Inhalt:

	Seite
Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege.	
2. Die wirtschaftlichen Umgestaltungen . . .	181
Wirtschaftliche Rundschau	185
Kriegsvorfürge. Für den Einstellungszwang zu- gunsten der Kriegsbeschädigten . . . . .	186

	Seite
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften .	187
Kartelle und Sekretariate. Stuttgart gegen den Versplitterungsversuch der Unabhängigen. — Berichtigung . . . . .	188
Hierzu: Arbeiterrechtsbeilage Nr. 4.	

### Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege.

#### 2. Die wirtschaftlichen Umgestaltungen.

Die deutsche Volkswirtschaft hat während des Krieges tief einschneidende Umgestaltungen erlebt, wie nie zuvor in einem Zeitraum gleicher Dauer. Die Umgestaltungen waren teils die Folge von Zerstörung durch höhere Gewalt, teils das Ergebnis von freiwilliger oder unfreiwilliger Anpassung an Kriegsnotwendigkeiten. Mit der Beendigung des Krieges kommt selbstverständlich ein großer Teil dieser Notwendigkeiten in Wegfall und damit der Zustand der Kriegswirtschaft; an seine Stelle tritt die Anpassung an die neuen, für den Frieden gegebenen Wirtschaftsverhältnisse, die Uebergangswirtschaft. Ihre wichtigsten Aufgaben sind die Organisation der Einfuhr fremder Rohstoffe und Lebensmittel und der Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse, die Hebung der deutschen Valuta, die Gewinnung von Absatzmärkten, die Erwerbs- und Arbeitslosenfürsorge und die soziale Wohlfahrtsfürsorge für die durch Kriegsfolgen Geschädigten. Ueber ihren Verlauf und ihre Dauer herrschen starke Meinungsverschiedenheiten; beide hängen von den Bedingungen des Friedensschlusses ab und lassen daher noch kein endgültiges Urteil zu. Darin stimmen jedoch fast alle Meinungen überein, daß die Uebergangswirtschaft mit der Kriegswirtschaft ein starkes Maß von Gebundenheit gemeinsam haben wird und daß viele von den während des Krieges getroffenen Maßnahmen und Einrichtungen uns noch einige Zeitlang über den Krieg hinaus begleiten werden. Das Urteil über die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit dieser Kriegswirtschaft ist kein einheitliches, weder bei den Erzeugern noch bei den Verbrauchern. Von den ersteren sind die an den ungeheuren Kriegsgewinnen beteiligten Kreise natürlich recht befriedigt, während die davon mehr oder minder ausgeschalteten Unternehmer nichts von der Kriegswirtschaft in den Frieden hinübernehmen möchten. Von den Verbrauchern leiden die ärmeren Schichten unter den Zwangsmassnahmen weit mehr als die Wohlhabenderen, die sie umgehen können. Gleichwohl finden sich die ersteren besser mit der Notwendigkeit des Zwanges ab, als die letzteren, denn sie wissen, daß sie bei völlig freier Wirtschaft nicht einmal die knappen Rationen erlangen könnten, die ihnen die Kriegswirtschaft sichert.

Trotz aller dieser Meinungsverschiedenheiten dürfte sich wohl ein jeder darüber klar sein, daß der Frieden keine einfache Rückkehr zum Stande von vor 1914 bringen kann. Die Volkswirtschaft wird anders nach dem Kriege aussehen als vordem. Es ist zuviel vernichtet worden, was nicht wieder aufgebaut werden kann, und vieles ist entstanden, was nicht wieder verschwinden wird. Nicht bloß das Weltbild wird verändert sein, auch das heimische Wirtschaftsleben ist ein anderes geworden und läßt sich nicht wieder umkurbeln wie eine andere Melodie auf derselben Walze. Nicht nur Personen und Betriebe sind vernichtet und neue dafür in das Wirtschaftsleben eingerückt, auch neue Organisationen, neue Wirtschaftsmächte sind geschaffen, neue Kräfte gewedt, die der Wirtschaft einen neuen Impuls geben, neue Methoden in mehrjähriger Arbeit erprobt, und aus allen diesen neue Kombinationen entstanden, die unser Wirtschaftsleben völlig umgestaltet.

Die wirtschaftlichen Folgen beim Ausbruch des Weltkrieges sind noch frisch im Gedächtnis. Sie bestanden in der Unterbindung der Ein- und Ausfuhr nach dem feindlichen Auslande und über See, in der Vernichtung großer im feindlichen Ausland angelegter Werte und schwebender Forderungen, in Krediterschütterungen, Geschäftszusammenbrüchen, BetriebsEinstellungen und Massenarbeitslosigkeit. Welche Wirkung allein die Unterbindung des Auslandsverkehrs auf einen Staat haben mußte, der wie das Deutsche Reich einen großen Teil seiner Rohstoffe und Lebensmittel einführen und mit der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen bezahlen muß, das zeigt uns ein Blick auf die Statistik des deutschen Außenhandels. Im Jahre 1913 betrug unsere Gesamteinfuhr 81,4 Mill. Tonnen und unsere Gesamtausfuhr 82,2 Mill. Tonnen, unser Außenhandel also 163,6 Millionen Tonnen (davon 6,7 Mill. Tonnen Durchfuhr) im Werte von 22,5 Milliarden Mark. An der Einfuhr waren die Rohstoffe mit 5261,8 Mill. Mk. und die Nahrungsmittel mit 3063,6 Mill. Mk., an der Ausfuhr die fertigen Waren mit 6642,6 Mill. Mk. beteiligt. Von der Rohstoffeinfuhr waren unsere bedeutendsten Industrien abhängig, so die Textilindustrie, die etwa 1 1/2 Milliarden Mark an Rohstoffen bezog, die Metall- und Elektroindustrie, die für 335 Mill. Mk. Kupfer einfuhrte, die Hüttenindustrie, die für 227 Millionen Mark fremde Eisenerze gebrauchte, die Leder- und Bederwarenindustrie, deren Häutebedarf

Erfolg durchzusetzen. Ein Jahr später wiederholte sich ein ähnlicher Vorgang in der Zementindustrie, zum Nachteil des ohnehin äußerst bedrückten Baugewerbes. Durch die Syndizierung erhielten die Industrien eine nahezu an Monopolgewalt reichende Macht. Unter dem Hilfsdienstgesetz ist das Syndikatswesen ganz systematisch zur Einführung gelangt. So wurden die Schuhfabriken, Seifenfabriken und Margarinefabriken syndiziert.

Auf technischem Gebiete sind ebenfalls Veränderungen zu verzeichnen, die die künftige Produktion nachhaltig beeinflussen. Als erstes sind die Erfindungen zu nennen, die in den Dienst der Kriegsindustrie gestellt wurden, aber späterhin auch dem Friedensbedarf von Nutzen sein werden. Dahin gehören die Erzeugung von künstlichem Stickstoff und Salpeter aus atmosphärischer Luft, die synthetische Erzeugung von Gummi, die Verwendung des Holzstoffes zu Geweben, die Herstellung von Sprengstoff aus Zucker und die Aufschließung des Strohes zu Futtermehl. Die Verbesserung der Luft- und Unterseefahrzeuge wird gleichfalls dem friedlichen Verkehr der Völker zugute kommen. Neben diesen technischen Neuerungen hat vor allem die Massenfabrikation große Fortschritte gemacht. Fast die gesamte Großindustrie ist infolge des Kriegsbedarfs auf Massenerzeugnisse eingestellt. Das bedeutet eine früher nie erreichte Mechanisierung des Arbeitsprozesses und Typisierung der Erzeugnisse, die auch der künftigen Produktion ihr Gepräge geben wird. Endlich ist die Arbeitskraft der Frau an vielen Stellen in großem Umfange zur Verwendung gelangt und in mehrjähriger Übung und Anpassung nahezu heimisch geworden. Ein Gang durch einen modernen Kriegsbetrieb läßt sofort das Ueberwiegen der weiblichen Arbeitskraft erkennen.

Was vor allem während dieses Krieges ins Auge fällt, ist die Umschichtung der Vermögen. Starke Vermögensverluste auf der einen, Riesengewinne auf der anderen Seite. Die letzteren beschränken sich keineswegs auf die Kriegsindustrien und die Lebensmittelbranchen, sondern auch andere Gewerbszweige sind daran beteiligt. Die „Frkf. Ztg.“ verzeichnete im Jahre 1917: 418 Aktiengesellschaften, deren Durchschnittsdividende von 1918 bis 1915 von 9,55 auf 12,51 Proz. gestiegen war, trotz mehr als verdoppelter Abschreibungen und Rückstellungen. Dividenden von 25—30 Proz. bei Stahl- und Eisenwerken sind keine Seltenheit. Ein berauschernder Gewinnregen ist auf weite Kreise des Unternehmertums niedergegangen; die Zeichnungen zur Kriegsanleihe haben uns Kunde von diesem unverstiegbaren Reichtum gebracht. So seltsam es klingt, — hat der Krieg, der bisher nur als zerstörende Macht galt, das deutsche Vermögen nicht ärmer gemacht, sondern bereichert. Man schätzt den Vermögenszuwachs auf mehr denn 5 Milliarden Mark. Als Quellen dieses Zuwachses kommen in Betracht die erzwungene Sparsamkeit im Verbrauch, der Verzicht auf ausländische Rohstoffe, die Unterlassung von Neubauten, Neuananschaffungen, Reparaturen und die häufigere Umsetzung des Kapitals. Hinter jedem Plus steht dabei natürlich auch ein Minus, so daß die Vermehrung des Volkvermögens sicherlich nur eine scheinbare ist. Denn die Lebenshaltung ist trotz der Sparsamkeit im Verbrauch nicht billiger, die Produktion mit heimischen Rohstoffen nicht wohlfeiler geworden. Die Unterlassungen von Neubauten, Anschaffungen und Reparaturen stellen einen Raubbau dar, der sicher in der Uebergangswirtschaft seine Rechnung präsentiert. Und als Rückseite des Vermögenszuwachses stellt sich

eine starke Geldentwertung dar, die auch in der Steigerung aller Warenpreise zum Ausdruck kommt. Soviel ist aber feststehend, daß dieser Vermögenszuwachs nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute gekommen ist. Selbst an den vielgenannten Kriegsarbeitslöhnen ist nur ein verschwindend geringer Teil der Arbeiterschaft, eine kleine Oberschicht hochqualifizierter Facharbeiter beteiligt. Die Vermögensumschichtung hat wiederum die Konzentration der Vermögen im Bankwesen gefördert und die Uebermacht des Finanzkapitals verstärkt. War dieses schon vor dem Kriege der maßgebendste Faktor unseres Wirtschaftslebens, so wird dies nach dem Kriege, sobald sich allgemein ein starker Kapitalbedarf geltend machen wird, noch in erhöhtem Maße gelten.

Kompliziert wird die künftige Wirtschaftsentwicklung noch durch den ungeheuren Geldbedarf von Reich, Staaten und Gemeinden zur Verzinsung und Abtragung ihrer während des Krieges aufgenommenen Schuldenlast. Dr. W. Rathenau schätzt diese öffentlichen Lasten auf ca. 170 Milliarden Mark einschließlich der Tilgung der schwebenden Verpflichtungen, des Aufwandes für Wiederherstellungen und der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Selbst die Einziehung der großen Vermögen bis zu einem Drittel könnte die jährliche Zinsenlast von 8½ Milliarden Mark nur wenig senken. Die Mehrausgabe für Arbeitslöhne und Gehälter gegenüber der Vorkriegszeit schätzt Rathenau auf 6 Milliarden Mark, so daß mit einer Ueberbelastung der deutschen Wirtschaft von jährlich etwa 15 Milliarden Mark rechnet. Da es ausgeschlossen ist, daß Reich, Staaten und Gemeinden ihren Finanzbedarf allein durch Vermögenseinzahlungen und direkte oder indirekte Steuern aufzubringen vermöchten, so sind herzhafte Eingriffe in das Wirtschaftsleben durch Verstaatlichung und Vergemeindlichung gewinnbringender Gewerbszweige und Betriebe unvermeidlich. Welche Industrien davon in erster Linie betroffen werden, läßt sich heute noch kaum sicher voraussehen. Vorkarbeiten zur Verstaatlichung sollen bereits hinsichtlich der Zigarettenindustrie, Spiritusindustrie und des Petroleumgroßhandels im Gange sein. Beim Getreidehandel, der schon im ersten Kriegsjahre monopolisiert wurde, steht noch nicht fest, wieviel von diesem Monopol erhalten bleibt. Im übrigen bewegen sich alle Vorschläge für die künftige Finanzpolitik des Reiches in dem weiten Rahmen, der alle Möglichkeiten der staatlichen Gewinnbeteiligung von der indirekten Besteuerung bis zum Staatsbetrieb in eigener Regie umfaßt. Dabei dürften Gewerbszweige, die sich mit der Ausbeutung von Erdschätzen, Wasserläufen und natürlichen Kraftquellen befassen, zunächst in Betracht kommen, ebenso Unternehmungen des Verkehrs, der Wasser-, Licht- und Kraftversorgung. Aus strategischen Gründen wird die Verstaatlichung der Rüstungsindustrien, vielleicht mit Ausnahme der Bekleidungs- und Lederherstellungsbetriebe, in Erwägung gezogen werden. Nahe liegend erscheint auch die Verstaatlichung solcher Unternehmungen, deren hauptsächlichste Abnehmer Reich, Staat und Gemeinden sind. Endlich besteht Neigung dafür, gewisse Lebensmittelindustrien und Zweige des Versicherungsgewerbes sowie der Rohstoffeinfuhr zu monopolisieren. Ueber die Formen, in denen die Aneignung des Unternehmergewinns sich vollziehen wird, stehen noch alle Entscheidungen aus. Es steht indes außer Zweifel, daß diese Entscheidungen, sobald sie getroffen werden, geeignet sind, die Volkswirtschaft nach dem Kriege in weitgehendster Weise zu beeinflussen und umzugestalten. Von diesen Umgestaltun-

321 Mill. Mk. betrug, die Holzindustrie, die für 347 Mill. Mk. fremde Hölzer verarbeitete, die Gummiindustrie, deren Kautschukeinfuhr sich auf 146 Mill. Mk. belief usw. Von der Ausfuhr entfielen 1978,2 Mill. Mk. auf Metallwaren, 1379,0 Millionen Mark auf Maschinen und Instrumente, 1560,6 Mill. Mk. auf Textilwaren und Kleider, 956,1 Mill. Mk. auf chemische Erzeugnisse, Arzneien und Farben, 722,5 Mill. Mk. auf fossile Brennstoffe, 553,3 Mill. Mk. auf Leder und Lederwaren, 293,0 Millionen Mark auf Keramikerzeugnisse, 266,5 Mill. Mark auf Zucker, 262,7 Mill. Mk. auf Papier und Papierwaren, 164,4 Mill. Mk. auf Fertigwaren aus Holz- und Schnitzstoffen, 128,3 Mill. Mk. auf Gummiwaren, 104,8 Mill. Mk. auf Bücher, Bilder usw. An dieser Ein- und Ausfuhr hingen also unsere lebenskräftigsten Industrien, deren Existenzmöglichkeiten mit einem Schlag unterbunden wurden. In diesen Industrien waren Milliarden von Kapitalien angelegt und Millionen von Arbeitskräften tätig gewesen. Im Juli 1914 hatte die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden den Stand von 2,7 Prozent erreicht; im August 1914 schnellte sie auf 22,7 Prozent hinauf. Bei einer Gesamtzahl von 11¼ Millionen Arbeitern und Angestellten in den Gruppen Gewerbe und Industrie sowie Handel und Verkehr entsprach dies einer Zahl von 2¼ Millionen Beschäftigungslosen und mit ihren Familien einer Bevölkerung von 9—10 Millionen Köpfen.

Der Krieg hat indes nicht nur vernichtet, sondern auch aufgebaut. Er fand die Mittel und Wege, die heimische Volkswirtschaft in seinen Dienst zu stellen. Auf organisatorischem Gebiete ist eine Riesenarbeit geleistet worden. Mit Hilfe bürgerlicher Organisatoren wurde die Kriegswirtschaft eingerichtet, die für den Krieg notwendigen Rohstoffe beschlagnahmt und erfährt, durch Verteilungsgremien auf die Rüstungsindustrie verteilt, und die Betriebe auf die Bedürfnisse der letzteren umgestellt. Die wirtschaftliche Kriegsverwaltung umfaßte im März 1917: 10 Reichsbehörden, 19 allgemeine Organisationen, 9 für Getreide und Futtermittel, 3 für Kartoffeln, 1 für Fleisch, 3 für Oel und Fette, 7 für Zucker, 9 für Gemüse und Obst, 14 für sonstige Lebensmittel, 1 für Tabak, 1 für Einfuhr vom Ausland (B. G.), 13 für Metalle, 41 für Textilstoffe, 3 für Bekleidung, 6 für Chemikalien, 9 für Leder, 3 für Kautschuk, 1 für Holz, 8 für Papier und überdies 31 Centralstellen für Ausfuhrbewilligungen. Von diesen Organisationen beschäftigt die Kriegsrohstoffabteilung allein über 1800 Personen in 25 Sektionen; sie arbeitet Hand in Hand mit den Kriegsrohstoffgesellschaften, um die im Reiche oder aus besetzten Gebieten erfaßten Rohstoffe zu verwalten, technisch auszunützen und zu verwerten. Die Zuweisungsgremien haben den einzelnen Industrien die benötigten Rohstoffmengen zuzuwiesen, die Kriegsausschüsse der Industrien verteilen diese Mengen auf die einzelnen Betriebe. Die Kriegsleder-A. G. z. B. versorgt 1600 Lederfabriken mit Häuten, Fellen, Gerb- und Hilfsstoffen; der Wert ihrer 187 Lagerbestände wird auf 172 Millionen Mark beziffert, die Zahl ihrer kaufmännischen Angestellten beträgt 2000, die ihrer Arbeiter 1339. Unabsehbar ist die Zahl der sonstigen, während des Krieges in Industrie und Handel neu errichteten Organisationen der Interessenten. Wir stehen vor einer Ueberorganisation, die das schon vor dem Kriege hochentwickelte Organisationswesen weit hinter sich zurückläßt. Vieles davon dient nur den Interessen des Lages, der Ausnützung der durch den Krieg geschaffenen Lage, aber die jahrelange

Dauer des Krieges gibt diesen Organisationen Beständigkeit, Methode und Routine und gewöhnt die Unternehmer an diesen anfangs übel empfundenen Zustand der Dinge.

Auf wirtschaftlichem Gebiete hat der Krieg eine vollständige Umgruppierung aller Erwerbsverhältnisse herbeigeführt. Nach der Vernichtung zahlloser Kleinbetriebe in Gewerbe, Industrie und Handel durch die Einziehung ihrer Besitzer zum Waffendienst setzte eine wahre Züchtung von Großbetrieben in allen Zweigen der Kriegsaufträge ein. Neue Unternehmungen wuchsen gleichsam über Nacht empor, aus Kleinbetrieben wurden Mittel-, aus Mittelbetrieben Großbetriebe. Fabriken, die ehemals einige hundert Arbeitskräfte beschäftigt hatten, zählten jetzt deren Tausende; Krupp hatte vor dem Kriege etwa 30 000 Arbeiter, jetzt beschäftigt er ein Heer von über 100 000 Arbeitsträften. In einsamen Landorten, wo vorher nie ein Schlot geraucht hatte, sind Riesenbetriebe mit Zehntausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen, mit Gleisanlagen und Wohnkolonien entstanden, die nach dem Kriege schwerlich wieder verschwinden werden. Die Durchführung des Hilfsdienstes hat diese Wirkungen noch überboten. Sein Ziel war der systematische Abbau der Friedenswirtschaft zugunsten der Lokalisierung der Kriegswirtschaft. Ganze Gewerbebezirke sind stillgelegt und Betriebe und Personal für die Herstellung von Kriegsbedarf requiriert worden. Die Umschaltung vollzog sich meist in der Form der Zusammenlegung vieler Betriebe zu wenigen, teils zu Zwangssyndikaten, teils auch in freierer Form, mit der Bestimmung, die eingestellten Betriebe aus den Erträgen der übriggelassenen zu entschädigen. Die stillgelegten Betriebe wurden teils von der Munitions- oder Heeresbedarfserzeugung übernommen und eingerichtet, teils auch abmontiert und ihre Maschinen zur Einrichtung anderer Betriebe benutzt. So sind die Textilindustrie, die Leder- und Schuhindustrie, Bekleidungsindustrie, Seifenfabrikation, Margarinefabriken, Brauereien, Bäckereien und andere Betriebszweige stillgelegt worden. Diese Stilllegungen haben zu zahlreichen Beschwerden aus den Kreisen der betroffenen Industrien Anlaß gegeben. Man mißbilligte besonders, daß die Beteiligten vor den behördlichen Eingriffen nicht gehört worden seien, daß nur mit einigen Großindustriellen verhandelt wurde und daß die Kleinen den Großen geopfert würden. Wo aber, wie in Berlin, den Kleingewerbetreibenden Gelegenheit zur Meinungsäußerung gegeben war, kam nichts anderes als Widerstand gegen die Zusammenlegung heraus. Nur vereinzelt einigte man sich freiwillig zur Bildung von Wirtschaftsgenossenschaften.

Was beim Hilfsdienst begonnen, wurde anläßlich der Ersparnis von Heizung und Beleuchtung fortgesetzt. Es gibt leider keine Statistik über die durch diese Stilllegungen hervorgerufenen Wirkungen, aber die in ihrer Folge eingetretenen Veränderungen der deutschen Wirtschaftsstruktur sind so bedeutend, daß man von einer wirtschaftlichen Revolution sprechen kann.

Eine besondere Stärkung hat das Syndikatswesen während dieses Krieges erfahren. Den freiwilligen Zusammenschlüssen, die die Kriegskonjunktur einer- und die Kriegsnot andererseits herbeiführten, gesellten sich bald die von den Kriegsbehörden angeordneten zur Seite. Als die Verlängerung des Kohlsyndikats im Sommer 1915 auf Schwierigkeiten stieß, genügte die Drohung des Bundesrats mit einem Zwangszusammenschluß, um den gewünschten

gen werden auch die Arbeiterinteressen stark in Mitleidenschaft gezogen. Es begreift sich deshalb, daß die deutschen Gewerkschaften in ihrer Monopoleingabe an den Bundesrat und Reichstag rechtzeitig zu diesen Fragen Stellung genommen und ihre Forderungen formuliert haben.

So sehen wir, daß die verschiedensten Kräfte auf eine Umwälzung unseres Wirtschaftslebens hinarbeiten. Noch fehlt es an Klarheit darüber, wie unsere Volkswirtschaft nach dem Kriege aussehen wird. Selbst die berufensten Volkswirtschaftler und Sachleute gehen in ihren Urteilen darüber weit auseinander, wie sich aus der nachfolgenden Wiedergabe ihrer Meinungsäußerungen ergibt. Militarisierung, Risikalisierung, Bureaucratifizierung, Nationalisierung, Syndikalisierung mit und ohne Staatsaufsicht, Sozialisierung des Wirtschaftslebens laufen in diesen Beurteilungen bunt durcheinander. Aber darin kommen sie sich alle einander nahe, daß die ungerichtete Privatwirtschaft abgelöst wird durch eine Organisationswirtschaft mit mehr oder weniger syndikalistischem oder mehr oder weniger gemeinwirtschaftlichem Einschlag.

Prof. E. Jaffé erklärt in seinen vielbesprochenen Aufsätzen in den Kriegsheften des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, daß sich eine gewisse Ausschaltung der kapitalistischen Ordnung und ihr Ersatz durch eine gemeinwirtschaftliche vorbereite. Damit würde Deutschland vor dem neuen privatwirtschaftlichen Feudalismus gerettet; der Unternehmergewinn werde dadurch zugunsten der Allgemeinheit mit Beschlag belegt und müsse von der Bildfläche verschwinden. Das Mittel zu diesem Ziele sei die dauernde Militarisierung des Wirtschaftslebens.

Schulze-Gävernitz hat ausgeführt: „Der Krieg hat uns einen mächtigen Anstoß zur Gemeinwirtschaft gegeben, so daß selbst Marg. Katastrophentheorie, freilich anders, als ihr Urheber es sich vorstellt, einige Wahrheit zu gewinnen scheint.“ („Freie Meere“, S. 32 des „Deutschen Kriegs“, S. 24.)

Prof. Ballod meint, daß nur noch einige ältere Herren gegen den Gedanken, daß das privatwirtschaftliche System abgewirtschaftet habe, sich zur Wehr setzen. Aber auch sie würden schließlich ihren individualistischen Standpunkt revidieren müssen, wenn erst die Schäden des Weltkrieges verrechnet und auf die Schultern der Steuerzahler gelegt würden.

Heinrich Cunow ist weniger optimistisch und hält das privatwirtschaftliche System noch für recht lebensfähig. Aber auch er sieht für die neue imperialistische Wirtschaftsepoche nach dem Kriege einen starken Staatseinschlag voraus: „Vorherrschaft der Bankfinanz, Zunahme der industriellen Konzentration, Vermehrung der Staatskontrolle und der Staatsbetriebe.“ („Corr.-Bl.“ 1915, Nr. 37.)

Paul Lensch schreibt: „In der Tat wird der Staatssozialismus in irgendeiner Form die Wirtschaftsverfassung der Zukunft sein, nicht bloß in den Kolonien, auch in Europa, besonders aber im Deutschen Reich; diese Erkenntnis ist mit jedem Monat, den der Krieg länger dauerte, tiefer in das Bewußtsein der weitesten Volksschichten gedrungen.“ („Drei Jahre Weltrevolution“, S. Fischer, Berlin.)

Dr. Walter Rathenau schreibt: „Die neue Wirtschaft wird keine Staatswirtschaft, sondern eine der bürgerlichen Entschlußkraft anheimgestellte Privatwirtschaft sein, die freilich zum organischen Zusammenfluß, zur Ueberwindung innerer Reibung und zur Vervielfältigung ihrer Leistungen und Tragkraft staatlicher Mitwirkung bedarf.“ („Neue Wirtschaft“, S. Fischer, Berlin.)

Prof. Dr. Kieffer erklärt: „Während im Kriege die staatlichen Organisationen unter Mitwirkung der Industrie die maßgebenden Normen geschaffen haben, wird im Frieden die Regel sein: Industrielle Organisation unter Mitwirkung des Staates.“ Er will durch Einrichtung von Einkaufssyndikaten und Zusammenfassung dieser Syndikate zu einer einzigen großen Organisation der staatssozialistischen Richtung entgegenwirken, glaubt aber den staatlichen Zwang dabei nicht entbehren zu können. („Gansa-Bund“, Nr. 3, 1916.)

Dr. Dernburg ist der Meinung, daß das System der staatlichen Regelung sich nur auf Dinge anwenden lasse, die nahezu ausschließlich im Inland erzeugt werden, keinem Verderb ausgesetzt sind und deshalb weder in bezug auf Bewertung noch auf Erhaltung besondere Anforderungen stellen. Hier verbleibe dem Großhandel eine große Aufgabe. („Berl. Tagebl.“, 12. Januar 1917.)

Prof. Herkner glaubt dagegen, daß der Außenhandel nicht gleich nach dem Frieden in denselben Formen wie bisher bestehen werde und daß die staatliche Regelung des Güterverkehrs durch die Uebergangswirtschaft nötig sei. („Voss. Ztg.“, 14. Januar 1917.)

Dr. August Müller ist davon überzeugt, daß an eine Ersetzung des Handels nach dem Kriege durch bürokratische Institutionen nicht gedacht werden könne. „Alle Erfahrungen der Kriegswirtschaft weisen vielmehr darauf hin, daß die technischen Funktionen des Handels schlecht hin unentbehrlich sind, wobei die Genossenschaften aller Art natürlich dem Handel gleichgesetzt werden müssen.“ (Umfrage des „Berl. Lokalanz.“, 24. Dezember 1916.)

Georg Bernhardt verlangt für die Uebergangszeit Rohstoffmonopole: „Sie werden dem Staat Nutzen abwerfen und in der Besteuerung pflegt der Staat beharrlich zu sein. So müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Monopolkriegswirtschaft dauernd bleiben wird. Für diese Monopole müssen neue Formen gesucht werden, Formen einer Zwangsgemeinwirtschaft mit privatwirtschaftlichen Methoden. Wir müssen in irgendeiner Form die Initiative des Unternehmers durch einen allerdings regulierten Unternehmergewinn aufrechterhalten.“ („Voss. Ztg.“, 15. Mai 1917.)

Begreiflicherweise wird von manchen Kreisen, teils aus Erwerbsinteressen, teils aus Abneigung gegen staatssozialistische Tendenzen, gegen die Weiterführung dieser staatlichen Bindung des Wirtschaftslebens Sturm gelaufen. Der Abg. Dr. Beumer erklärte im Preussischen Abgeordnetenhaus am 20. Februar 1917: „Die Organisationen für die Kriegswirtschaft werden nach dem Kriege wieder aufgelöst werden müssen. Wir werden die 4000 Bundesratsverordnungen hoffentlich wieder loswerden, damit die freie Betätigung von Handel, Industrie und Handwerk wieder in die Erscheinung treten kann. Wenn jemals der Kollektivismus und der Sozialismus Schiffbruch gelitten hat gegenüber dem Individualismus, dann ist es in diesem Kriege gewesen...“ Davon kann natürlich keine Rede sein, daß in der Kriegswirtschaft der Sozialismus Schiffbruch gelitten habe, denn vom Sozialismus, der die Vergesellschaftung der Gütererzeugung erstrebt und nicht bloß die Verbrauchsregelung herbeiführen will, hat sich die Kriegswirtschaft ferngehalten. Aber es erscheint verständlich, daß der Abg. Beumer sein Streitwort für den Individualismus tummelt, der einer Verteidigung allerdings dringend bedarf.

Auch in den vielverzweigten Kreisen des Groß-, Mittel- und Kleinhandels macht sich der Unmut über

die Ausschaltung durch die Kriegswirtschaft in stets erneuten Klagen und Forderungen Luft. Der Ganjabund besonders hat sich zum Sprachrohr dieser Klagen gemacht. In der Reichstagsitzung vom 27. Mai 1917 interpellierte der Abg. Dr. Rießler den Reichskanzler über seine Bereitschaft, der Frage der baldmöglichsten Beseitigung der Privatmonopole und Kriegsgesellschaften und damit der Wiedereinführung des freien Handels im Interesse der Verbraucher und des Mittelstandes näherzutreten. Der Reichskanzler von Hertling entgegnete: „Eine Zentralisierung der Einfuhr von Lebensmitteln, industriellen Rohstoffen und Waren bei Kriegsgesellschaften ist nur da erfolgt, wo die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse es unbedingt erforderlich machten, insbesondere dann, wenn mit Rücksicht auf die Verhältnisse in dem Land, in dem der Einkauf vorgenommen werden mußte, eine Vereinheitlichung notwendig erschien. Eine Schädigung der Volksernährung oder der industriellen Rohstoffversorgung oder eine Preiserhöhung von Waren und Lebensmitteln ist durch die Zentralisierung nicht veranlaßt. Ich bin bereit, der Frage der Beseitigung der Einfuhrzentralisation näherzutreten, sobald und insoweit die Verhältnisse die Wiedergulassung des freien Handels tunlichst erscheinen lassen.“ Diese Erklärung des Reichskanzlers ist in so bedingter Form abgegeben worden, daß sie keinen sicheren Schluß auf die Befreiung der Volkswirtschaft nach dem Kriege zuläßt.

Aus den Urteilen der Wissenschaftler, wie der industriellen und kommerziellen Fachleute geht indes mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Volkswirtschaft nach dem Kriege sich von der früheren unterscheiden wird und ein starkes Maß von Gebundenheit und Organisation, beides zum Teil unter syndikalischem, wie unter staatlichem Einfluß. Gewerbliche Organisation und staatliche Normen werden einander ergänzen, um der Schwierigkeiten der Uebergangswirtschaft im Kampfe mit Mächten, die der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens mißgünstig sind, Herr zu werden. Gewerbliche Organisation und Staatswesen werden miteinander ihre Kräfte messen, um den Einfluß jedes dieser beiden Faktoren auf die Teilnahme an der Leitung wie auf die Ertragsverteilung der deutschen Volkswirtschaft sicherzustellen. Gewerbliche Organisation und Staatswesen werden endlich gemeinsam bestrebt sein, den Einfluß der Arbeiterklasse auf das Wirtschaftsleben möglichst zurückzuhalten.

In diesem gewaltigen Ringen fällt der Organisation der Arbeiter die große Doppelaufgabe zu, ihre eigenen Interessen im Rahmen dieser syndikalischen Wirtschaft wahrzunehmen und dieses gemischt-wirtschaftliche System zielbewußt zur wahren Gemeinwirtschaft umzugestalten. Notwendiger denn je ist eine starke Gewerkschaftsbewegung als Gegengewicht gegen die Uebermacht der zu Monopolgewalt sich auswachsenden Unternehmerorganisation, nicht minder aber auch als die berufene Wirtschaftsvertretung der Arbeiterklasse im Rahmen der nationalen Wirtschaftsentwicklung. Wo alle gegnerischen Kräfte sich mit der Rüstung der Organisation umgeben, darf auch die Arbeiterschaft nicht zurückbleiben. Sie könnte vielmehr berufen sein, in dem Ringen zwischen Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft den Ausschlag zu geben, wenn sie eine Macht repräsentiert, ohne die keine Wirtschaftspolitik aufrechterhalten werden kann. Das Zeitalter der Organisationswirtschaft muß auch das Zeitalter der organisierten Arbeit werden!

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die Reichsbank im Jahre 1917. — Mehr als zwei Billionen Mark Umsatz. — Umsatzsteigerung und Gewinnquote. — Aktionärs- und Produktionsinteressen. — Zusammenschluß in der Papierindustrie. — Brauereifusion. — Auffaugungsprozeß im Bankgewerbe. — Verlängerung des Kalixthindikats.

Bei der Reichsbank sind die Gesamtumsätze, die im Jahre 1916 die Ziffer von einer Billion oder 1000 Milliarden überschritten hatten, im Jahre 1917 auf mehr als zwei Billionen Mark gestiegen; sie betragen nämlich 2 029 669 715 800 Mk., gegen 1 257 331 402 500 Mk. im Vorjahre und 972 519 407 300 Mk. im Jahre 1915. Die diesmalige neue gewaltige Steigerung der Umsätze bezeichnet der Geschäftsbericht der Bank selbst als überragend groß; er bemerkt dazu ferner, daß sie ihren Hauptgrund in der weiteren Zunahme der mit der Kriegsfiananzierung zusammenhängenden, riesenhaften Geldbewegungen habe, die sich überwiegend bargeldlos mit Hilfe des Giro- und Abrechnungsverkehrs der Reichsbank vollziehen und in ihrem Umfange den deutlichen Beweis liefern für das glatte Funktionieren des Kredit- und Zahlungsverkehrs in Deutschland und für das auch während des Krieges herrschende Vertrauen zu den Einrichtungen des deutschen Bank- und Währungswesens.

Der Steigerung des Gesamtgewinnes entsprechen die erzielten Gewinne. Im Jahre 1917 wurde ein Gesamtgewinn in Höhe von 364 537 300 Mark erzielt gegen 325 609 600 Mk. im Vorjahre und 273 144 929 Mk. vor zwei Jahren. Die Verwaltungskosten beanspruchten davon 34 078 286 Mk. gegen 28 931 270 Mk. bzw. 26 488 221 Mk. Für die Anfertigung von Banknoten wurden 2 355 453 Mk., 2 622 167 Mk. und 3 066 877 Mk. verausgabt. Als Entgelt für den Fortfall der Rotensteuer erhält das Reich 130 Millionen Mark gegen 114 300 000 Mk. im Vorjahre und ebensoviel vor zwei Jahren. Es verbleibt für 1917 ein Reingewinn von 97 276 241 Mark gegen 96 289 545 Mk. und 106 482 331 Mk. Auf die Anteilseigner entfällt eine Gesamtdividende von 8,72 Proz. gegen 8,68 Proz., 8,97 Proz., 10,24 Proz. und 8,43 Proz. in den Jahren rückwärts bis 1913. Das Reich erhält aus dem — bereits um 130 Millionen für Kriegsabgabe gekürzten — Reingewinn eine Kriegsgewinnsteuer von 44 068 355 Mk. gegen 43 328 333 Mk. und 50 972 922 Mk., schließlich noch nach den Bestimmungen des Bankgesetzes 32 835 520 Mark gegen 32 662 848 Mk. und 34 446 586 Mk. Der an das Reich abgeführte Betrag beläuft sich demnach insgesamt auf 206 903 875 Mk. gegen 190 291 181 Mk. im Vorjahre und 199 719 509 Mk. vor zwei Jahren.

Bei der Beurteilung des Wesens der Kriegsgewinne von Privatunternehmungen ist die Steigerung des Umsatzes als Quelle außerordentlich erhöhter Gewinne besonders in den ersten Kriegsjahren oft nicht in Rechnung gestellt worden. Nicht zuletzt lassen sich diese Zusammenhänge in den Bilanzen kleinerer Gesellschaften sehr deutlich erkennen. So z. B. hat bei der Nähmaschinen- und Fahrräderfabrik Bernh. Stöwer A.-G. der Gesamtumsatz im Jahre 1917 nach dem Bericht der Verwaltung das Vierfache des Vorjahres erreicht; neu aufgenommen wurde die Herstellung von Bureaumöbeln. Einschließlich Vortrag stellt sich der Bruttogewinn auf 2,71 Mill. Mk. gegen 1,59 Mill. Mk. im Vorjahre und der Reingewinn auf 2,16 Mill. Mk. gegen 772 600 Mk. im Vorjahre, nach Abschreibungen von 548 600 Mk.

Es hieße den ganzen Endzweck der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Frage stellen, wollte man diesen Standpunkt des Gehenslassens teilen. Würden die Kriegsbeschädigten all den Zufälligkeiten und Nachteilen der Arbeiterauslese bei Ueberangebot an Arbeitskräften einschließlich des Wettbewerbs der weiblichen Arbeitskräfte, die während des Krieges mobilisiert wurden, von vornherein schutzlos ausgesetzt, dann mühte außer der direkten wirtschaftlichen Schädigung während der Zeit der Erwerbslosigkeit ein unübersehbarer dauernder Schaden erwachsen, der selbst bei nachträglichem Eingreifen der Gesetzgebung auf Jahre hinaus, in vielen Fällen überhaupt nicht mehr gut zu machen wäre. Das mühsam entwickelte Selbstvertrauen, die Mittel zum Lebensunterhalt wenigstens noch teilweise erwerben zu können, ginge inzwischen vielfach verloren und die infolge der physischen und psychischen Beeinträchtigung geschwächte Arbeitslust würde mindestens nicht gestärkt werden. Abgesehen davon, daß der Dank des Vaterlandes für die Kriegsbeschädigten wirklich nicht darin bestehen kann, sie samt ihren Familien der Not der Arbeitslosigkeit auch nur auf Wochen, geschweige denn auf Jahre zu überantworten, muß man sich darüber klar sein, daß wenn nicht jetzt, unter dem unmittelbaren Eindruck der Dinge eine gewisse wirtschaftliche Sicherstellung für sie erreicht werden kann, diese um so schwieriger herbeizuführen ist, je länger sie aufgeschoben würde. Kurzum, die Kriegsbeschädigten können unmöglich darauf warten, bis etwa die Unternehmer geneigt sind, sich einem gewissen Zwange zu ihrer Mitbeschäftigung zu unterstellen.

Wenn nun auch selbstverständlich ist, daß die Gewerkschaften und Angestelltenverbände aller Richtungen für einen Einstellungszwang zugunsten der Schwerebeschädigten eintreten, so ist es in der Sache doch recht wertvoll, dies auf Grund der vorliegenden Gutachten festzustellen.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften hatten zum ersten Male auf der jüngsten Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände Gelegenheit, zur Frage des Einstellungszwanges offiziell Stellung zu nehmen. Der 2. Vorsitzende der Generalkommission, G. Bauer, berichtete über den Stand der Angelegenheit, insbesondere über den Verlauf und das bisherige Ergebnis der im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge hierüber gepflogenen Verhandlungen. Lediglich dem Umstande, daß fast alle Vertreter der Arbeiter und Angestellten verhindert waren an der entscheidenden Sitzung des Reichsausschusses teilzunehmen, ist es zuzuschreiben, daß einstweilen die Auffassung der Arbeitgebervertreter zur Geltung gekommen und ein endgültiger Beschluß zugunsten des Einstellungszwanges für Schwerebeschädigte noch nicht zustande gekommen ist.

Die bisherige Stellungnahme der Generalkommission in dieser Frage und damit auch die Haltung des Referenten im Reichsausschuß wurde nach kurzer Diskussion gutgeheißen und einmütig beschloffen, für den gesetzlichen Einstellungszwang einzutreten.

### Arbeiterbewegung.

#### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Vorstand des Buchdruckeri-Hilfsarbeiterverbandes beruft den zweiten außerordentlichen Verbandstag zum 18. Juni nach Berlin ein. Die wichtigsten Beratungsgegenstände werden die Tariffrage und die Beitragsreform bilden.

Die Abrechnung der Hauptkasse des Gemeindearbeiterverbandes schließt mit einer Einnahme von 578 900 Mk., darunter 497 949 Mark Mitgliederbeiträge. Die Ausgaben belaufen sich auf 565 713 Mk., darunter für Arbeitslosenunterstützung 4043 Mk., Krankenunterstützung 187 654 Mark, Sterbegeld 78 571 Mk., an die Familien gefallener Mitglieder 11 550 Mk. usw. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschlusse 32 984 gegen 25 390 zu Beginn des ersten Quartals, d. i. eine Zunahme von 7594 Mitglieder oder rund 30 Proz. Von den Mitgliedern hatten 89,10 Proz. die Beiträge vollbezahlt.

In einer Delegiertenversammlung der Berliner Holzarbeiter hielt Th. Leipart einen Vortrag über die Gewerkschaften und den Volksbund für Freiheit und Vaterland, wobei er sich mit den Einwänden gegen die Teilnahme der Gewerkschaften am Volksbund auseinandersetzte. Das Bekenntnis zum Vaterland sei keine neue Erscheinung; stets hätten wir eine solche Gestaltung der Einrichtungen in Deutschland gefordert, daß sich alle Einwohner, auch die Arbeiter, im Vaterland glücklich fühlen sollen. Der Volksbund tritt im Sinne der Arbeiter für eine baldige Beendigung des Krieges, für einen Verständigungsfrieden und für die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern ein. Er kämpft gegen Annektionen, gegen den Gewaltfrieden, gegen die Vaterlandspartei, die die eigentliche Ursache für seine Gründung sei. Ihm gehören die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, die Angestelltenorganisationen, aber auch Sozialpolitiker usw. an. Sein Programm sei in der Hauptsache ein Arbeiterprogramm. Das Zusammengehen mit anderen Organisationen zu bestimmten Zwecken sei ebenfalls keine neue Erscheinung. Der Holzarbeiterverband habe seit mehr als zehn Jahren mit den christlich und Hirsch-Dunderisch organisierten Holzarbeitern zusammengewirkt, und die Gesamtheit der Verbände hat wiederholt gemeinsam operiert. So bei dem Heimarbeiterkongress 1911, an dem außer den andersorganisierten Arbeitern die Gesellschaft für Soziale Reform teilnahm. Redner verwies dann auf den praktischen Nutzen des Zusammengehens, der in einem erhöhten Einfluß auf die öffentliche Meinung, die Regierung und die Gesetzgebung besteht. Der Schluß seiner Ausführungen lautete:

„Bei dem Anschluß der Gewerkschaften an den Volksbund hat es sich um nichts weiter gehandelt, als darum, unseren Gewerkschaften Einfluß zu verschaffen. In dem Streben nach Einfluß und Macht waren wir bisher noch immer einig. Die Stimme der Arbeiter soll gehört werden. Die jetzige Zeit ist weit mehr geeignet als jemals früher, uns Gehör zu verschaffen. Sollen wir ruhig bleiben und gleichgültig hinnehmen, was im Lande und im Volke vorgeht, wo wir doch die Macht im Staate gewinnen wollen? Sollen wir den Deuten von der sogenannten Vaterlandspartei das Feld allein überlassen?“

Es steht Großes auf dem Spiele, besonders für die Zukunft der Arbeiterklasse. Das Gefäßel vom Bürgerfrieden ist längst dahin, statt dessen haben wir den Kampf um die Macht. Wir stehen unablässig im Kampf für die Rechte der Arbeiter und die Interessen der Arbeiterklasse. Unsere zahlreichen Erfolge und der erfreuliche Zustrom neuer Mitglieder sagen uns, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden. Auch die Mitarbeit im Volksbund ist uns nur Mittel zum Zweck, ein Mittel zur Wahrnehmung und entschiedenen Vertretung der Arbeiterinteressen.“

gegen 352 800 Mk. im Vorjahre. Es wird eine Dividende von wieder 16 Proz. beantragt, aber außerdem noch ein „Bonus“, also eine Extradividende von 15 Proz. bei je 500 000 Mk. Steuer-rücklage bzw. Bau- und Erneuerungsfonds. Die Bilanz enthält 2,86 Mill. Mk. gegen 1,39 Mill. Mk. im Vorjahre Wertpapiere und 5,32 Mill. Mk. gegen 1,62 Mill. Mk. im Vorjahre Debitoren, in denen auch das Bankguthaben enthalten ist, bei 3 Millionen Mark Aktientapital.

Gerade auch im Handel sind ungemein große Gewinne von Firmen erzielt worden, die sich darauf berufen konnten, daß sie die sonst üblichen Gewinnquoten sehr erheblich herabsetzten. Der enorme Gesamtnutzen floß eben aus den Umsatzsteigerungen, durch die sich eine völlig neue Kalkulationsbasis ergab, die jedoch vielfach erst sehr spät bei Preisfestsetzungen in Anschlag gebracht wurde.

Der wiederholt beleuchtete Gegensatz zwischen Aktionärs- und Produktionsinteressen hat im Grunde zur Frage des Zwangshyndikats im östlichen Braunkohlenrevier geführt. Die dem Einfluß der Firma Petschel unterstehenden Braunkohlenwerke wollten aus dem Niederlausitzer Braunkohlensyndikat vor Ablauf des Vertrages austreten, was ihnen unter Ausnutzung eines Formfehlers im Vertrage möglich gewesen wäre. Damit hätten sie das Syndikat gesprengt. Um die Auflösung zu verhindern, die eine Erschütterung der organisatorischen Grundlagen mit sich bringen würde, ist bekanntlich von der Regierung die Errichtung eines Zwangshyndikates in Aussicht gestellt worden, falls nicht eine private Einigung der in Betracht kommenden Werke erfolgt. Für die Firma Petschel lag der Anreiz zum Austritt aus dem Syndikat in dem Verlangen, die Beherrschung der Aktienmajoritäten von zwei Braunkohlenunternehmungen des Reviers dazu zu verwenden, die Produktion selbst als Käufer zu übernehmen und sie nicht wie bisher dem Syndikat zum Verkauf zu übertragen. Dabei hätte sie sich zweifellos beträchtliche Sondervorteile gesichert. Daß die Firma als Großaktionär bei einem Mehrgeinn der Braunkohlenwerke auch aus erhöhten Dividenden einen gesteigerten Nutzen ziehen könnte, minderte das Verlangen nach der geschilderten Sonderstellung nicht, denn die Vorteile wären für sie erheblich höhere, wenn sie unter Vorzugsbedingungen sich den Vertrieb der gesamten Produktion der beiden Werke unter Umgehung des Syndikats zu verschaffen in der Lage gewesen wäre. Einen Mehrgeinn aus der Dividende müßte sie mit anderen Aktionären teilen, als bevorzugter Abnehmer der von ihr beherrschten Gesellschaft wären ihr jedoch größere Gewinne allein zugefallen. Handelte es sich nur um das Interesse und den Schutz einer Aktionärsminderheit, so wäre solchen Fällen keine besondere Bedeutung beizulegen. Aber es kommen in der Tat bei der Ausnutzung von Aktienmehrheiten durch einzelne Aktionäre, wenn sie in der dargelegten Weise geschieht, erhebliche höhere Interessen in Betracht. Gar nicht selten ist es vorgekommen, daß Unternehmungen durch derartige Praktiken am Ende sehr ernst in ihren Fundamenten geschwächt worden sind. Aber selbst wenn eine solche Lage nicht eintritt, bleibt es im Interesse der Produktion im höchsten Maße unerwünscht, daß die Rentabilität eines Produktionsunternehmens dadurch wesentlich gekürzt wird, daß ein Großaktionär durch Einräumung von Sondervorteilen als Abnehmer wesentliche Teile des Gewinns vorweg nimmt. Auch hier zeigt sich wiederum, wie gefährlich für die Pro-

duktion selbst das System ist, bei dem die Produktion auf Grund irgendeines Besitztitels der Willkür eines einzelnen Menschen oder einer Gruppe ausgeliefert wird.

Auch während der letzten Berichtsperiode hat der Konzentrationsprozeß in allen möglichen Wirtschaftszweigen weitere Fortschritte gemacht. In der Papierindustrie vollzieht sich eine neue Verschmelzung. Zwischen den Verwaltungen der Papierfabrik Reisholz in Düsseldorf und der Akt.-Ges. Ruhrwerke in Arnsberg in Westfalen wurde ein Verschmelzungsvertrag vereinbart, nach dem die Ruhrwerke an die Düsseldorfer Gesellschaft übergehen. Die zu übernehmenden Ruhrwerke haben in den letzten Jahren eine steigende Rentabilität aufzuweisen, für 1916/17 stellte sich die Dividende auf 15 Proz., davor sind dreimal je 11 Proz. ausgeschüttet worden. Bei Reisholz betrug die Dividende in den letzten Jahren 18, 12, 8 und 10 Proz.

Aus dem Braugewerbe ist die Aufnahme der Brauerei Lehm a. G. in Freientwalde a. O. durch die Löwenbrauerei in Berlin-Hohenschönhausen zu verzeichnen.

Im Bankgewerbe geht die Auffaugung kleinerer und mittlerer Betriebe direkt und indirekt weiter. In den letzten Tagen wurde berichtet, daß das Bankhaus S. Gleichröder sich kommanditistisch an der Münchener Bankfirma S. Aufhäuser beteiligt. Die Firma Aufhäuser besteht seit dem Jahre 1871 und gehört zu den mittleren Firmen Münchens. Auch in England ist der Verschmelzungsprozeß der Banken rapid vor sich gegangen. Während im Jahre 1891 108 Großbanken gezählt wurden, beträgt jetzt, nach den letzten Fusionen, die Zahl größerer Banken 81. Gleichzeitig ist auch in England eine außerordentliche Vermehrung der Bankniederlagen eingetreten. Im Jahre 1872 entfiel auf 13 000 Einwohner eine Bankniederlage und heute auf 5000.

Mit einem verschärften Konzentrationsprozeß wird in der Kaliindustrie gerechnet, nachdem nunmehr eine Verlängerung des Syndikats bis zum Jahre 1926 bewirkt worden ist.

Berlin, den 9. April 1918.

Julius Kallisi.

## Kriegsfürsorge.

### Für den Einstellungszwang zugunsten der Kriegsbeschädigten.

Selbst in Unternehmungskreisen wird zugegeben, daß die Unterbringung der ernstlich Kriegsbeschädigten in geeignete Beschäftigungen nach dem Kriege großen Schwierigkeiten begegnet. Von einer gesetzlichen Verpflichtung der Unternehmer, in einem gewissen Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Vollarbeiter auch Kriegsbeschädigte zu verwenden, will man jedoch nichts wissen. Man macht wohl vor dem heißen Problem seine pflichtschuldige unverbindliche Verbeugung, will es aber der Entscheidung der einzelnen Arbeitgeber aus freien Stücken heraus, ihrer Einsicht und Opferwilligkeit anheimgestellt wissen, soweit es die besonderen Betriebsverhältnisse zulassen, Kriegsbeschädigte einzustellen. Erst wenn sich herausstellen sollte, daß auf diesem Wege eine allgemeine Unterbringung der Kriegsbeschädigten nicht erreicht wird, ein größerer Teil der schwerer beschädigten Arbeiter und Angestellten erwerbslos bleibt, würde man sich allenfalls mit gesetzgeberischen Maßnahmen abfinden.